

# „Ziel ist Mutterschutz für Politikerinnen“

Sie plädiert für einen fairen Wahlkampf, der zwar hart in der Sache ist, aber ohne persönliche Untergriffe auskommt. Das erklärte gestern NR-Abg. Johanna Jachs, die die Wahlliste im Mühlviertel anführt. Für die kommende Legislaturperiode hat die 27-jährige Freistädterin auch schon konkrete Vorhaben: Sie will eine Mutterschutz-Regelung für Politikerinnen. Derzeit gebe es weder Mutterschutz noch Karenz in der Politik, sagt Jachs, die in wenigen Tagen selbst ihr erstes Kind erwartet. Bedarf für zumindest Mutterschutz acht Wochen vor und nach der Geburt des Kindes sei jeden-

falls gegeben: Denn es würden vermehrt jüngere Menschen in politische Ämter kommen und auch immer mehr Frauen im gebärfähigen Alter. Denkbar wäre eine Stimmrecht-Übertragung. Dass es derzeit keine Regelung gebe, könnte für junge Frauen abschreckend wirken, meint Jachs. Unter den österreichweit knapp 2100 Bürgermeistern seien derzeit 173 Frauen, Tendenz steigend. Wenn Bürgermeisterinnen sowie Abgeordnete in Landtagen, Bundesrat und Nationalrat Babys bekommen, würden sie im Regelfall nur wenige Tage Auszeit nehmen, indem sie sich etwa für

## Hintergrund

Derzeit gibt es keinen Mutterschutz für Politikerinnen, weil das Ausüben eines politischen Amtes rechtlich eine Funktion und keinen Beruf darstelle, sagt Werner Zögeritz, Chef des Instituts für Parlamentarismus und Demokratiefragen. Eine Stimmrechtsübertragung wäre schwierig, weil Abgeordnete als Personen gewählt sind. Derzeit können sie sich für Sitzungen entschuldigen, in Ausschüssen gebe es Vertretungsregelungen.

Sitzungen entschuldigen.

Generell wünscht sich Jachs, dass die künftige Regierung unter Führung von

ÖVP-Chef Sebastian Kurz die bisherige hohe Schlagzahl bei Reformprojekten beibehält. *ch*

*Leitartikel auf S. 2*



Foto: Daniel Fleischanderl

Gemeinsam für die Region weiterzuarbeiten nennt Jachs als vordringlichstes Ziel.



## Rechtliche Schritte gegen AKW-Ausbau in Tschechien

LH Stelzer kündigt Widerstand gegen Atomkraft-Pläne in Temelin an

Die Atompläne der tschechischen Regierung stoßen auf Widerstand in Österreich. Wie berichtet will der teilstaatliche Stromkonzern CEZ in Temelin (Bild) und Dukovany neue AKW-Blöcke errichten. „Die Ankündigungen sind bedauerlich und ein Schritt in die falsche Richtung. Das ist Retro-Energiepolitik. Wir wollen keine Atomkraftwerke nahe unserer Grenze und werden das

auch mit allen uns zustehenden rechtlichen und politischen Mitteln bekämpfen. Wir werden uns jedenfalls an allen grenzüberschreitenden Rechtsverfahren beteiligen“, kündigt LH Thomas Stelzer an. „Wir werden mit einem politischen Schulterschluss gegen dieses Falschabbiegen im Energiebereich reagieren“, gibt sich ÖÖVP-Klubobfrau Helena Kirchmayr entschlossen. Unterstützung

bekommt sie von FPÖ-Pendant Herwig Mahr „Es kann nicht sein, dass ein Pannereaktor wie Temelin oder das veraltete AKW Dukovany unter dem Deckmantel der sauberen Energie ausgebaut werden“, ergänzt der nÖ. LH-Stv. Friedrich Pernkopf. Er fordert, dass die EU Regionalförderungen für alle Regionen einstellt, die nicht aus der Atomkraft aussteigen.

Foto: Renata Holatova – stock.adobe.com

## SPÖ ohne Quereinsteiger auf der Bundesliste

Die SPÖ schließt ihre Kandidatenauswahl für die Nationalratswahl ab. Gestern tagten in Wien Bundesparteipräsidium und -vorstand, um die Nominierungen für die Bundesliste vorzunehmen. Gewählt werden die Kandidaten dann in einem Bundesparteirat am Samstag. Auf den vorderen Plätzen der Bundesliste finden sich ausschließlich bekannte Namen aus der Sozialdemokratie. Pamela Rendi-Wagner ist Spitzenkandidatin. Sie freue sich auf die Wahlkampf-Auseinandersetzung, sagte sie nach der Gremiensitzung.

### Ziel ist Kanzlerin

Nummer 2 auf der Bundesliste ist der Chef der Fraktion Sozialdemokratischer Gewerkschafter, Rainer Wimmer. Dahinter folgt die Zweite Nationalratspräsidentin Doris Bures, auf Platz 4 Bundesgeschäftsführer Thomas Drozda, dann Frauenchefin Gabriele Heinisch-Hosek, Vize-Klubchef Jörg Leichtfried, und als Nummer 7 die Chefin der Sozialistischen Jugend, Julia Herr. Details zum Wahlkampfbudget nannte Drozda nicht, man werde die Obergrenze von knapp über sieben Millionen Euro jedenfalls „penibel“ einhalten. Leichtfried sah die Partei gut aufgestellt. „Ich finde, wir werden derzeit unter unserem Wert geschlagen“, meinte er. Das Ziel sei klar, man wolle die erste sozialdemokratische Bundeskanzlerin stellen.